



## **Antwort der Landesregierung auf eine Dringliche Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

—

Mitglied des Landtages Henriette Quade (fraktionslos)

### **Forderung des Ministerpräsidenten nach Einschränkung des Schutzes für junge Ukrainer**

Dringliche Anfrage - **Drs. 8/ 6658 Nr. 2**

Sehr geehrter Herr Präsident,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Landesregierung - erstellt von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - auf die o. g. Dringliche Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Robra  
Staatsminister und Minister für Kultur

**Hinweise:** Die Antwort der Landesregierung ist digital am 03.03.2026 um 09:36 Uhr eingegangen.  
Die Anlage ist in Word als Objekt beigefügt und öffnet durch Doppelklick den Acrobat Reader.

(Ausgegeben am 03.03.2026)

**Antwort der Landesregierung auf eine Dringliche Anfrage zur schriftlichen  
Beantwortung**

Mitglied des Landtages Henriette Quade, (fraktionslos)

**Forderung des Ministerpräsidenten nach Einschränkung des Schutzes für junge Ukrainer  
Dringliche Anfrage - Drs. 8/6658 Nr. 2**

**Vorbemerkung des Mitglieds des Landtages**

Im Februar erhob der Ministerpräsident die Forderung, dass junge Ukrainer nicht weiter Schutz in Deutschland finden und Deutschland verlassen sollten.

**Antwort der Landesregierung**

**erstellt von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur**

**Frage 1**

***Ist die von Ministerpräsident Schulze geäußerte Forderung nach Einschränkung des Schutzes für junge Ukrainer und daraus logisch folgende Forderung der Abschiebung in Kriegsgebiete die Position der Landesregierung?***

**Antwort zu Frage 1:**

Die Landesregierung steht unverändert und geschlossen zur humanitären Verantwortung Deutschlands und des Landes Sachsen-Anhalt gegenüber den vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geflüchteten Menschen. Die in den Medien wiedergegebenen Äußerungen des Ministerpräsidenten (u. a. Die Welt, 16.02.2026) sind vor dem Hintergrund einer politischen Debatte über Verantwortung, Solidarität und Wiederaufbau der Ukraine zu verstehen. Der Ministerpräsident hat nicht gefordert, jungen ukrainischen Männern den Schutzstatus zu entziehen oder sie abzuschieben. Er hat die ukrainische Regierung aufgefordert, die Ende August 2025 von ihr verfügte Aufhebung der Ausreisebeschränkungen für ukrainische Männer im Alter von 18 bis 22 Jahren zurückzunehmen. Außerdem hat er an die bereits in Deutschland lebenden ukrainischen Männer appelliert, freiwillig in die Ukraine zurückzukehren, um dort ihr Heimatland im Kampf gegen die russischen Aggressoren zu unterstützen und beim Wiederaufbau zu helfen.

**Frage 2**

***Auf welcher Rechtsgrundlage soll diese Menschen das Aufenthaltsrecht entzogen werden, obwohl sie unter dem geltenden Schutzstatus stehen und ihr Leben in der Ukraine durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine bedroht ist?***

**Antwort zu Frage 2:**

Für einen generellen Entzug des Aufenthaltsrechts junger ukrainischer Männer gibt es nach geltendem Recht keine Rechtsgrundlage. Der Schutz beruht auf europäischem Recht (Massenzustrom-Richtlinie und EU-Beschluss 2022/382) und wird in Deutschland durch § 24 Aufenthaltsgesetz umgesetzt. Solange dieser europäische Schutz besteht, können einzelne Mitgliedstaaten – also auch Deutschland – bestimmte Gruppen wie junge Männer nicht davon ausnehmen.